

Mut zur Veränderung für Deutschland, Politik ist kein Selbstzweck!

Vorwort:

Die kommunale Selbstverwaltung ist dazu da, dass die Bürgerinnen und Bürger einer Verwaltung über ihre Vertretung, sinnvolle Entscheidungen treffen können.

**Bund- Land- Kreistag und Rat ist der Ort,
in dem Richtungs-Entscheidungen
jeder Art entwickelt werden können.**

Die Landes- und Bundesregierung erstellt die Gesetze.

Kreistags- und Ratsmitglieder sollen Visionen entwickeln können, die dann gemeinsam mit der Verwaltung in realistische Projekte im Land und Bund umgesetzt werden müssen.

Land- und Bundestagsabgeordnete sowie Kreistags- und Ratsmitglieder, Verwaltung sollten die Städte und ihren Bürgern dienen. Wobei im Wettbewerb der Ideen die besten Lösungen im Mittelpunkt stehen sollten und nicht die Frage, wie man in der Öffentlichkeit gegen den politischen Konkurrenten punkten kann. Denn nur wenn alle gemeinsam an Lösungen mitwirken - Verwaltung, Politik und Bürger - können wir unsere Region im Land und Bund aus ihrer schwierigen finanziellen Situation befreien.

Damit die Bürgerinnen und Bürger ihre Interessen wahrnehmen,

dafür gibt es die

PARTEILOSE WÄHLERGEMEINSCHAFT

in der Bundesrepublik Deutschland

Kurzbezeichnung: **PARTEILOSE WG „BRD“**

- Warum nennen wir uns Partei ? -

„PARTEILOSE WÄHLERGEMEINSCHAFT“.

- die PARTEILOSE WG „BRD“

- **Wir** sprechen Wählerinnen und Wähler an, die etablierte Parteien (Alt-Parteien) aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr wählen, des Weiteren möchten wir „**Gemeinschaften**“ wie z.B. unterschiedliche Vereine, etc. gewinnen.
- **Wir** sind selbst - **parteilos** - und haben uns zu einer Wählergemeinschaft zusammengeschlossen.
- **Wir** sind eine „**Wählergemeinschaft**“ die alle sozialen und sozialschwachen Bürgerinnen und Bürger mit ins Boot holen möchten, **bei uns ist jeder willkommen!**
- aufgrund der gesetzlichen Bedingungen, dass wir an den Landtags- Bundestags und EU-Wahlen teilnehmen können bzw. möchten, um vernünftige Gestaltungen und Gesetze für unsere Bürgerinnen und Bürger umsetzen, müssen wir als rechtmäßige- und nach demokratischen Grundsätzen als „**Partei**“ aufgeführt werden um Listenplätze zu erhalten.

In einem sozialen, demokratischen Staat sollte jede Frau und jeder Mann die Gleichberechtigung erhalten.

Die **PARTEILOSE WG „BRD“** verfolgt in der politischen Arbeit ein Gesamtkonzept mit zentralen Leitzielen, das Wahlprogramm in Kurzform:

Hier sind einige Punkte unseres Wahlprogramms für die NRW-Land- und Bundestagswahl 2017:

- wir plädieren für mehr direkte Demokratie „**der Bürger als Partner**“
- wir setzen uns für gute Bildung mit besserer und zeitgemäßer Ausstattung, sowie für gut bezahlte Arbeit ein.
- wir setzen uns für eine Rundumbetreuung in Kitas für arbeitende Mütter & Väter ein.
- wir setzen uns für eine Integration von Kindern mit Behinderungen in den Kindertageseinrichtungen ein.
- wir setzen uns für eine frühe Diagnosen von Lernschwächen und neue Unterrichtsformen ein.
- wir setzen uns für ein besseres Gelingen der Inklusionspolitik ein.
- wir setzen uns für ein besseres System der individuellen Förderung für Lehr- und Lernwillige ein.
- wir setzen uns für kulturelle initiativ Bereiche ein.
- wir setzen uns für ein besseres Gelingen der Integrationspolitik ein.

- wir setzen uns für eine qualitativ hochwertige finanzierbare Ausbildung von Erziehern und Lehrern ein.
 - wir setzen uns für kulturelle initiative Bereiche ein.
 - wir setzen uns für ein besseres Gelingen der Integrationspolitik ein.
 - wir setzen uns für eine bessere Gesundheits- und Arbeitsschutzpolitik ein.
 - wir setzen uns für mehr Mut für die Einzelfallregelung für Betroffene Personen bei Gerichtsverfahren ein.
 - wir setzen uns für die Land- und Agrarwirtschaft ein.
 - wir setzen uns für den Umwelt- Natur- und Tierschutz ein.
 - wir setzen uns für eine bessere Unterstützung von Existenzgründungen ein.
 - wir setzen uns eine nachhaltige Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik für die Klein- und Großunternehmen ein.
 - wir setzen uns für Kompetenznetzwerke zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ein.
 - wir setzen uns für Innovative Netzwerke für Zukunftsenergien auf regionaler Ebene ein.
 - wir werden gegen die Ausbaustufen der Offshore-Windparks dagegen stimmen, weil der Kostenfaktor enorm steigen wird.
 - wir stimmen gegen jegliche Art von Fracking um unsere Erde für Mensch und Tier zu schützen.
 - wir setzen uns für eine sozialgerechte Schlüsselzuweisung für betroffene schwache Kommunen ein und nicht nach Himmelsrichtungen.
 - wir setzen uns für eine nachhaltige Stadtentwicklung, die sozialgerecht wirtschaftlich tragfähig und umweltverträglich ist ein.
 - wir setzen uns für eine bessere Infrastruktur ein.
 - wir setzen uns für ein besseres Gelingen der Feinstaubwerte ein.
 - wir setzen uns für ein Qualität volles und besseres Radwegenetz ein.
 - wir setzen uns für eine bessere Vernetzung der öffentlichen Verkehrsmittel ein.
 - wir setzen uns für ein umweltschonendes energiesparend und nachhaltig bauen ein.
 - wir setzen uns für eine Verbesserung der Genehmigungsverfahren ein.
 - wir setzen uns für eine sozialgerechte Schlüsselzuweisung für betroffene schwache Kommunen ein und nicht nach Himmelsrichtungen.
 - wir werden gegen das Stärkungspakt stimmen, weil die Bürgerinnen & Bürger kontinuierlich die Kosten über die Gebühren- und Steuererhöhungen tragen.
 - wir setzen uns für ein „**Kommunales Budget für Unvorhersehbares**“ ein, damit der Haushalt nicht bei der kleinsten Schwankung zusammenbricht.
 - wir setzen uns für eine gerechte Verteilung der Energiesteuer ein, z.B.: 100% der „**Energiesteuer**“ fließt nur im Bundeshaushalt, Städte und Länder erhalten keinen prozentualen Anteil.
 - wir setzen uns für höhere Sätze der Rentenpunkte ein (z.Zt. 29 Euro), um die Altersarmut zu verhindern.
 - wir setzen uns für den Mindest-Renten-Nettosatz in Höhe von 1.250 Euro ein, weil diese Personen Deutschland aufbauten.
 - wir setzen uns für die Kinder-Erziehungszeiten von Mütter & Vätern ein, die Ihr leibliches Kind tatsächlich erzogen haben. **Abschaffung vom Vereinfachungsgesetz § 307 d** (preiswerte Mogelpackung um Kosten zu senken auf Kosten der Betroffenen)
- >>> **Agenda.2010 - Hartz-Gesetz „SGB VI“ Kinder-Erziehungszeit** <<<<
- wir setzen uns mehr für Menschen mit Behinderungen ein.
 - wir setzen uns für die Erhöhung der Frauenquote ein.

- wir setzen uns für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger ein.
- wir plädieren für mehr Polizeiunterstützung, die die CDU-NRW-Landesregierung im Jahr 2004 aus Kostengründen abschaffte um ihren Haushalt zu sanieren, z.B. Reduzierung der Reiterstaffel.
- wir setzen uns mehr gegen den internationalen Drogenhandel und Kriminalität ein.
- wir werden für ein schnelleres Verfahren der Abschiebung, und unmittelbare Sicherheitshaft für jegliche kriminelle Einwanderer und Terrorverdächtige stimmen.
- wir stimmen gegen die Waffen-Industrie um Menschen zu schützen, weil die einzigen Gewinner sind die Lobbyisten, Hersteller, Händler und Auftraggeber.
- wir werden für Kriegs- und Auslandseinsätze dagegen stimmen.
- wir werden die Endlagerprojekte für die Atomindustrie genauesten prüfen, sodass die Nachhaltigkeit sichergestellt wird. Transparente Aufklärungen und zukunftsorientierte Technik zählen zu unseren Stärken.
- wir fordern mehr Mitspracherecht für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Behörden.
- **wir stellen jeden sozialverträglichen demokratischen Antrag für unsere Bürgerinnen & Bürger.**

Kinder sind unser Reichtum und unsere Zukunft!

Nichts ist teurer als keine Bildung - Niemanden zurücklassen in Erziehung, Bildung und Ausbildung. Von der frühkindlichen Erziehung und Bildung in den Familien und in den Kitas sowie den Bildungschancen in Schule, Ausbildung und Hochschule hängen die Stabilität unserer demokratischen Gesellschaft und die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands ab. Unser Schulsystem kann viele Schüler demotivieren, statt ihre Lernfreude und Neugier zu erhalten und zu fördern. Deshalb treten wir dafür ein.

Kinder- u. jugendfreundliche Städte als zentrale Aufgabe in der Stadtentwicklung:

Kinderfreundlichkeit ist für uns weiterhin eine zentrale Aufgabe in der Stadtentwicklung und ein Qualitätsmerkmal für Zukunftsfähigkeit. Es gibt keinen gesellschaftlichen Bereich, der Kinder und Jugendliche nicht direkt oder indirekt betrifft. Viele kommunale Entscheidungen bestimmen und verändern die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen, ohne dass sich die Verantwortlichen mit den Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche auseinandergesetzt haben.

Trotz aller Individualität haben wir aber gemeinsame Grundsätze und Ziele:

Wir fühlen uns unseren Kindern verpflichtet, und möchten ihnen gerne lastenfreie Städte im Land und Bund mit Zukunft überlassen - die letzten Jahre haben gezeigt, dass dieses Ziel eine gewaltige Kraftanstrengung erfordert. Und das umso mehr, wenn wir gleichzeitig die Region in unserem Land für uns, in dem wir jetzt leben, annehmbar und lebenswert erhalten wollen.

Das kann nur gelingen, wenn Land- und Bundestagsabgeordnete sowie Kreistags- und Ratsmitglieder, Verwaltungsangestellte, Bürgerinnen und Bürger des jeweiligen Kreises

mehr Verantwortung übernehmen können, denn vieles Schöne und Wünschenswerte sollte damit bereitgestellt werden.

Die Bürger/innen sollen nicht nur eingebunden werden, sondern nach Möglichkeit auch mitentscheiden.

Wir wissen, dass wir unsere Ziele nicht alleine erreichen können, deshalb versuchen wir uns in Sachfragen mit den anderen politischen Kräften zu einigen oder Kompromisse zu erzielen.

Politische Tauschgeschäfte zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger lehnen wir ab!

Unser Ziel ist die beste Lösung für jede Sachfrage.

Kinderarmut:

Kinder sind die schwächsten Glieder in unserer Gesellschaft.

Es ist alarmierend und erschreckend wie viele Kinder mit ihren Familien an der Armutsgrenze leben müssen.

Durch die Landes- und Bundespolitik, den Bundesrat muss mehr Geld zur Verfügung gestellt werden, um diesen Kindern die Möglichkeit zu geben auch an öffentlichen, und kulturellen Veranstaltungen teilzunehmen, und nicht auszugrenzen, weil finanzielle Mittel fehlen, oder die Gelder an anderen Stellen eingesetzt werden. z.B. um Kriege zu finanzieren die nicht zugewinnen sind, sondern fliehende notleidende Menschen zu schaffen. Der einzige Gewinner dabei ist die Waffen Industrie!

Wir glauben, dass jede Generation verpflichtet ist, der Nachfolgenden keine schlechteren Chancen zu überlassen, als sie selber vorgefunden hat und deshalb sind Kinder das höchste Maß.

Kinder sind unsere Zukunft!

Wenn wir auch sparen müssen, die Zukunft liegt in der Bildung und Ausbildung vom Kindergarten über Schule, Berufskollegs sowie u.a. praktische und handwerkliche Ausbildungsstätten. Hier sind wir bereit zu investieren und entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen. Dabei ist unser Ziel ein komplettes Bildungsangebot, das neben der Schul- und Ausbildung auch kulturelle und sportliche Betätigung umfasst. Das heißt nicht, dass wir kritiklos allen Ausgaben im Schulbereich zustimmen werden, aber wir werden uns ständig fragen, ob und wie eine Maßnahme die Chancen der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen erhöht werden kann. Wichtig erscheint uns auch eine Neuausrichtung im Hinblick auf praktische bzw. handwerkliche Tätigkeiten von Schülern im Kontext von Schule. Schüler mit erheblichen unentschuldigtem Fehlstunden sollten ihre Defizite im handwerklichen Bereich ausgleichen können.

Zu unserem Erbe gehören aber auch unsere Natur und unsere Umwelt, die wir möglichst intakt erhalten wollen. Bei allen ökonomischen Zwängen, die immer wieder die

Ausweisung von Wohnbau- oder Gewerbeflächen notwendig machen, muss das unmittelbare Natur-Erleben „im Grünen“ unseren Kindern garantiert werden.

Die Städte den Bürgerinnen und Bürgern zurückgeben!

Wenn wir künftigen Generationen eine lebenswerte Zukunft bieten wollen, müssen wir angesichts der knappen öffentlichen Mittel umdenken, damit jeweilige Regionen für uns lebenswert gemacht werden.

Die Bürgerinnen und Bürger die sich für ihre Belange und Interessen einsetzen, sind eine wichtige Ressource im Revier. Auch möchten wir erreichen, dass unsere Städte sauberer werden. Und da die Finanzlage unserer Städte nicht besser geworden ist, können Politik und Verwaltung nur Anstoß geben und Koordinierung leisten.

Beispiele sind:

Verschönerungs- u. Sauberkeitswettbewerbe für Schulen.

Schon heute dient ein Wirtschaftsstandort für unsere Zukunft !

Um die jeweilige Region in unserem Land eine Zukunft zu ermöglichen, brauchen wir Arbeitsplätze, die es unseren Kindern erlauben, hier und dort zu wohnen und später eine gute Anstellung zu finden. Entscheidend wird dafür sein: vor Ort klare Standortkompetenzen herauszuarbeiten und zu stärken.

Jede Region in unserem Land muss ein eigenständiger Standortbegriff werden.

Er besitzt eine Wirtschaftsstruktur mit vielen mittelständischen Unternehmern, die in ihren Geschäftsfeldern einen gehobenen Standard haben. Wenn es gelingt, diese Kompetenzen zu vernetzen und einen kreativen Austausch zu fördern, werden die Städte in unserem Land aufblühen. Neben einem Unternehmertum, das vorausschauend denkt und handelt, brauchen wir eine Verwaltung, die die Sprache der Unternehmer und die Dynamik unternehmerischen Handelns begreift und dies in ihrem eigenen Handeln widerspiegelt.

Ein politisch und städtisch unterstütztes und gefördertes Unternehmer- und Unternehmensnetzwerk kann die Keimzelle für einen Bildungs- und Forschungsstandort darstellen.

Hier, wo Spitzentechnologie und Unternehmertum aufeinander treffen, können die Ideen zu Innovationen werden. Deshalb wollen wir alles dafür tun, ein solches Unternehmensnetzwerk mit Institutionen der Forschung und der Bildung zu verbinden, in einem solchen Umfeld werden Arbeitsplätze im produktionsnahen Dienstleistungsbereich geschaffen.

Denn die Attraktivität der Städte wird auch davon abhängen, ob es gelingt, eine ausgewogene soziale Struktur in unserem Land herzustellen, die einfachen Arbeitern wie akademischen Experten einen Platz bietet.

Wichtige Forderungen sind außerdem:

Überarbeitungen der Stadtbildkonzepte sind zwingend auf dringlichste durchzuführen, damit jede/r Bürger/in sowie jeder ansässige Unternehmer in unserem Land profitiert.

Fachlich qualifizierte Bauaufsichten und kompetente Abnahmen um Fehler zu vermeiden, sind dringend erforderlich.

Eine Politikerrunde mit Stadtplanern, Ingenieuren, Technikern, Meistern und Fachpersonal aus den eigenen Reihen sollte quartalsmäßig durchgeführt werden.

Durch ein besseres Miteinander und Zusammenarbeit könnten neue Wege zum Erfolg in jeweiligen Regionen entstehen, dadurch würden auch zu hohe Kosten eingespart.

Luftbildaufnahmen könnten dazu beitragen, eine positive Veränderung der Stadtbild- und Landschaftsgestaltungen umzusetzen.

Durch neue Dienstleistungen für Kreise und Kommunen, ein evtl. Verbund mit ansässigen regionalen Firmen (Arbeitsplatzförderung), und auch durch behördliche Eigenleistungen wäre dieser Gewinn erzielend und somit auch ein Sparkurs.

In der Vergangenheit sind europaweit Ausschreibungen vergeben und Millionenbeträge an Planern, Architekten, Ingenieuren und Projektleiter, etc. überwiegend an auswärtigen Firmen und Subunternehmer gezahlt worden.

Die jeweilige Behörde hat genügend Fachpersonal, die diese Aufgaben übernehmen könnten.

Somit stünden immense Summen für den Schuldenabbau und Aufbau von neuen Projekten zur Verfügung.

Selbstverständlich sollte man regionale Betriebe mit berücksichtigen, dieses schafft zusätzliche Arbeitsplätze in der jeweiligen Region in unserem Land.

Bundes- Landes- und Europagesetze sind oftmals erschreckend, unüberlegt und führen zu Arbeitsplatzvernichtungen in jeder Region und fördern gleichzeitig die unkontrollierbare Schwarzarbeit.

Großunternehmer sollten in den Verträgen eine gewisse Prozentzahl der Arbeitnehmer aus der eigenen Region beschäftigen.

Aufträge an Subunternehmer sollten genauer überprüft kontrolliert werden.

Wenn es um Nachhaltigkeit geht, stehen die Finanzen im Mittelpunkt:

In den vergangenen Jahrzehnten erbten nach folgende Generationen einen wachsenden Schuldenberg, diesen Missständen müssen wir entgegensetzen.

Dafür müssen Politik und Verwaltung endlich begreifen, dass Schulden machen kein Kavaliersdelikt ist, sondern eine fundamentale Belastung unser aller Zukunft.

Sparsamkeit, Nachhaltigkeit, Effizienz und das Hinterfragen aller Ausgaben ist deshalb unsere Devise.

Zum Thema Arbeitslosigkeit

Seit Jahrzehnten heißt es, dass Arbeitsplätze geschaffen werden müssen, jede Region hat dafür ihr Konzept.

Sieht man die Statistiken ist trotz Bevölkerungsschwund das Gegenteil eingetroffen, anstatt dessen wurden Billig-Jobs geschaffen, die mitfinanziert werden müssen.

Es wurden Gesetze über Nacht um fünf vor fünf beschlossen und erlassen, SGB I, II, III bis X... Hartz-Gesetze, die nur zu Lasten des Steuerzahlers und auf die Psyche der Betroffenen gehen.

Haftungsbeschränkungen für Politiker gibt es nicht, dafür hohe Abfindungen und überdimensionierte Pensionen ohne jegliche solidarischen Einzahlungen.

Arbeitsplätze schaffen, heißt Gewinne und Erträge in der jeweiligen Region zu erzielen.

Mitarbeiter abzuschaffen ist das falsche Mittel zum Einsparen, denn nur Mitarbeiter machen Umsatz.

Umsatz ist der beste Weg zum Erfolg!

Zur jeweiligen Region: Wenn sie unseren örtlichen Betrieben treu bleiben, werden wir alle davon profitieren.

Moderne und erfolgreiche Politik heißt u.a. auch, Arbeitsplätze zu schaffen und nicht abzubauen oder Billig-Jobs zu schaffen, die in Altersarmut führen.

Arbeits- und Ausbildungsplätze

Leerstände, neu angesiedelten erschlossene Industrieflächen, Zechenbraken, Einzelhandel, etc.

sind auf dringlichste ausbaufähig um nachhaltig Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen.

Arbeitsmarktpolitik

Industrie-Ansiedlungen z.B. Energie-Zentren:

Standorte z.B. Zechenbraken, bereits neu erschlossene Industrie- und Gewerbegebiete, die es in fast allen Regionen in unserem Land gibt, wo sich Firmen und Unternehmen sofort niederlassen könnten.

Wir sind fest davon überzeugt, dass es in den jeweiligen Regionen kompetente Fachleute gibt, die den Energiefortschritt zukunftsorientiert und richtungsweisend weiter entwickeln.

Der erste Spatenstich sollte dringend erfolgen.

Dieses sollte nicht erst lange debattiert, ausdiskutiert und auf lange Sicht geplant, sondern schnellstmöglich durchgeführt werden, denn das ist einer der wichtigsten Faktoren für den Umwelt- und Klimaschutz und zur Erschaffung neuer Arbeitsplätze.

Ein weiterer Vorschlag zum Thema erneuerbare Energien

Betriebsansiedlungen zur Herstellung von Kraftfahrzeugen aller Art mit Elektroantrieb *ohne Auflade-Stationen*, die durch High-Tech- Batterien mit Leichtlaufsystemen durch Gleich- oder Drehstrom-Aggregate, etc. (z.B. wie bei der Lichtmaschine) durch den Kfz-Hauptantriebsgenerator angetrieben, der Kraftstrom transportiert, eingespeist und gespeichert wird.

Durch diese Regenerierung wird die Netzwerkspannung ständig geladen und somit Höchstleistung erzielt.

Elektro-Tankstellen und Groß-Kraftwerke die s.g. Dreckschleudern und Krankmacher wären überflüssig.

Die CO/2 Emission wird entschieden reduziert.

Bei Kraftfahrzeugen dieser Art sollte bedacht werden, dass durch Einsetzen dieser Fahrzeuge die Funktionen der Hilfsmittel für Menschen z.B. Herzschrittmacher, Hörgeräte, etc. nicht beeinträchtigt werden.

Batterien und Akkus bestehen aus sehr Umweltschädlichen Stoffen, die jedoch in Recyclinganlagen zu neuen Rohstoffen umgewandelt werden. Weitere Branchen könnten hier für neue Herstellungstechniken entstehen.

Mit Sicherheit wird es Investoren geben, die dieses Konzept befürworten, da diese Projekte für die Fahrzeug-Industrie, etc. zukunftsorientiert sind.

Werden Konzepte, Ideen und Verbesserungsvorschläge im Land und Bund nicht angenommen und umgesetzt, wird dieses von anderen Ländern übernommen.

Zielsetzung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze hat oberste Priorität.

Strukturwandel

Seit Jahrzehnten wurden der Klima- und Strukturwandel, Klimaschutz und der Fortschritt ignoriert.

Das Umdenken und Interesse für positive Veränderungen in unserem Land sollte jetzt endlich ein Schwerpunktthema unserer Politikerinnen und Politiker sein.

Medienberichterstattungen über die Klima-Katastrophen zeigen und bestätigen weltweit die Vernachlässigungen.

Randgruppenfreie Zone – für eine integrierende Stadt

In unseren Städten werden alle gebraucht. Die Städte sollen niemanden ausgrenzen, der sich in diese Gemeinschaft einbringt. Wenn einzelne die Hilfe dieser Gemeinschaft in Anspruch nehmen müssen, dann ist die städtische Hilfe der erste Anlaufpunkt.

In sozialer Hinsicht muss jeder Mitbürger den Beitrag leisten, der ihm zuzumuten ist, danach setzen wir auf bürgerschaftliche Initiative und das Ehrenamt auch in Kirchen, Gemeinden und Vereinen.

Aber in jedem Fall muss die menschliche Würde jederzeit gewahrt werden. Antragsteller sind keine Bittsteller, dies sollte eigentlich für jeden Bereich gelten.

Wir sind davon überzeugt, dass die demographische Entwicklung neues Potenzial für ehrenamtliches Engagement bietet.

Wenn man die Lebenserfahrung und das Engagement seiner älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger nutzt, hat es eine Quelle für wachsende Lebensqualität erschlossen.

Ältere Mitbürger gehören in die Mitte der Gesellschaft.

Das gilt auch für Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit Migrationshintergrund.

Wer sich einbringt z.B. in der Stadtteilarbeit, bei Elternarbeit in Kindergarten und Schule, soll jede denkbare Hilfe durch die Städte, Land und Bund erhalten.

Mehr Service durch weniger Verwaltung bei besserer Kontrolle

Bei der Wirtschaft beginnend, aber für alle Bürger geltend:

Die Verwaltung ist eine Servicestelle für die Bürgerinnen und Bürger.

Und nicht alles, was in der Verwaltung ist wie es ist, muss auch so sein.

Wir sind davon überzeugt, dass mit ein wenig Phantasie und gutem Willen viele Verwaltungsprozesse günstiger und kundenfreundlicher gestaltet werden können.

Die Rolle der Politik in Räten und ähnlichen Gremien ist es dabei nicht, die Verwaltung zu führen - dies ist Sache des Landrats, der Bürgermeister und der Dezenten bzw. der Dezententinnen. Aber neben a: der strategischen Steuerung der Städte - die Bürgerschaft sollte über ihre Vertreter sagen, was sie will, und sich nicht immer etwas von der Verwaltung vorsetzen lassen - ist b: die Kontrolle des Verwaltungshandelns vornehmste Aufgabe des Rates und des Kreistages.

Wir fordern eine kostenfreie und unmittelbare Akteneinsicht für Rats- und Kreistagsmitglieder sowie für sachkundige und fachlich involvierte Bürger durch die Verwaltung. Das kann bedeuten, dass Komplikationen schneller erkannt werden und verwaltungstechnisch direkt umgesetzt werden können, um nachhaltig und effizient die Kosten zu senken.

Leider haben wir in der Vergangenheit feststellen müssen, dass ohne Nachfragen Beschlüsse auch schon mal nicht umgesetzt werden bzw. aber nicht so, wie sie beschlossen wurden.

Für die Aufgabe, die Städte strategisch zu steuern

und die Verwaltung zu kontrollieren,

sind wir ein sehr gutes Angebot!

Es ist ein Unding, dass es bis dato kein Kontrollsystem für die Verwaltung gibt!

Man mag nicht immer mit unseren Ideen zur Entwicklung der Stadt einverstanden sein, aber zumindest in der Verwaltungskontrolle dürften wir uns die höchste Kompetenz vor allen unseren Mitbewerbern erarbeitet haben.

Wenn Sie uns wählen, können Sie von uns eindeutig erwarten:

- wir werden unsere Aufgaben sehr ernst nehmen.
- wir werden jeden konstruktiven Vorschlag prüfen und jede Vorlage ausführlich durcharbeiten.
- wir werden zu jeder Vorlage und jedem Vorgang Fragen stellen, wenn uns Sachverhalte nicht eindeutig erscheinen.
- wir werden Sachfragen nicht mit Personalfragen vermischen.
- wir werden vor Entscheidungen keine Abmachungen treffen, die uns in unserer Entscheidungsfreiheit einschränken
- wir werden Lösungen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger suchen
- wir werden nur das Versprechen, was wir halten können
- wir werden keine Idee ablehnen ohne einen konstruktiven Gegenvorschlag zumachen

- wir werden die Rückgewinnung der Erträge erzielen
- wir werden bürgerliches Engagement und die verwaltungstechnische Umsetzung fordern.

Dementsprechend ist es falsch zu erwarten:

- dass wir die Lage beschönigen
- dass wir „Deals“ eingehen
- dass wir uns einen Teppich anschaffen werden, unter den wir alle Probleme kehren werden
- dass wir Wert auf politische Harmonie legen, wenn dadurch die „**heißen Eisen**“ nicht liegen bleiben.

Wir freuen uns auf die nächsten Jahre, in denen wir unsere Städte, Kreise und das Land nach vorne bringen, gemeinsam mit Ihnen

ein herzliches Glückauf !

Ihr

Udo Surmann

1. Vorsitzender

PARTEILOSE WG „BRD“